

Gießener Echo

Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei Gießen

Nr. 05/54. Jahrgang

Mai 2023

Schutzgebühr: 0,40 €

Tag der Befreiung oder Tag des Sieges

In Deutschland ging es naturgemäß immer um einen Tag der Befreiung. Aber der Weg dahin war nicht einfach. In der alten BRD – vor 1990 – gab es vor allem konservative Kräfte, welche eher von einem Tag der Niederlage sprachen. In der alten BRD war das gängige Rechtsverständnis, dass die BRD der Rechtsnachfolger des Deutschen Reiches in den Grenzen von 1937 sei. Damit waren revanchistische Ansprüche auf sogenannte „ehemaligen Ostgebiete“ in Polen, der CSR (Sudetenland, Böhmen und Mähren) und der Sowjetunion (Königsberg) verbunden. Einen endgültigen Verzicht auf diese Rechtsposition gab es vonseiten der BRD erst 1990 im Rahmen des 2+4 Vertrages.

Im Zuge des Versuches der Delegitimierung der DDR übernahm die BRD eine antifaschistische Rhetorik und mutierte so scheinbar zu einem antifaschistischen Staat. Unabhängig davon, ob es bei den beteiligten Akteuren einen objektiven positiven Bezug auf den Antifaschismus gab, entstand hier die



neue Rechtfertigungsideologie des deutschen Imperialismus: Humanismus in Worten, Imperialismus in den Taten. Der Beginn dieser ideologischen Wende war die Weizsäcker-Rede vom 8. Mai 1985.

Am 7. Mai 1945 unterschrieb Generaloberst Alfred Jodl für die deutsche Wehrmacht die bedingungslose Kapitulation. In Kraft

trat diese in Bezug auf die Westmächte am 8. Mai. Die Kapitulation gegenüber der UdSSR erfolgte in der Nacht vom 8. auf den 9. Mai 1945 im sowjetischen Hauptquartier. Der Krieg endete also erst am 9. Mai 1945. Dementsprechend wurde der 9. Mai als Tag des Sieges in den sozialistischen Staaten gefeiert, während der 8. Mai vor allem bei den westlichen Alliierten gefeiert wurde. In der BRD spielte dieser Tag bis 1985 offiziell kaum eine Rolle. Eine neue Dynamik hat die Debatte durch den Krieg in der Ukraine erhalten. Die Wahl des 9. Mai wird als positiver Bezug auf die UdSSR gesehen und damit faktisch eine Parteinahme für das heutige Russland unterstellt. Gerade angesichts der reaktionären Entwicklung in Deutschland ist es politisch sinnvoll, stärker an den 9. Mai als Tag des Sieges zu erinnern. Dabei geht es stets auch um das Erinnern an die fortschrittlichen Traditionen der UdSSR und die historische Rolle dieses Staates beim Sieg über den deutschen Faschismus.

Henning Mächerle

Unikliniken: Entlastungstarifvertrag erkämpft!

19 Tage Streik am Uniklinikum Gießen/Marburg (UKGM) brachten Erfolg. Die Tarifkommissionen der Gewerkschaft ver.di und der Geschäftsführung des UKGM einigten

sich auf ein Eckpunktepapier. Wenn bis Ende Mai keiner der Verhandlungspartner widerspricht, wird bis zum September ein rechtsgültiger Tarifvertrag formuliert. Täglich

haben etwa 1.000 Beschäftigte gestreikt, mit Kundgebungen und Demonstrationen in Gießen und Marburg wurde Druck gemacht.

Fortsetzung auf Seite 2

Karstadt - bangen oder kämpfen? Situation der Belegschaft immer schlechter **S. 2**

Aus dem Stadtparlament: Wohngeldanträge und Härtefallfonds **S. 4**

Medien mit Streikphobie: Verunglimpfung der Streiks in der Berichterstattung **S. 5**

Für Frieden und Sozialismus!

DKP

Fortsetzung von Seite 1: **Unikliniken: Entlastungstarifvertrag erkämpft!**

Es gab viele Solidaritätsbekundungen aus der Bevölkerung, von anderen Organisationen und von Kommunalpolitikern.

Das Ergebnis des Streiks kann sich sehen lassen, auch wenn nicht alle Beschäftigten voll zufrieden sind. Es wird verbindliche Vorschriften für die Besetzung jeder einzelnen Schicht geben, bei hoher Belastung gibt es freie Ausgleichstage, für Auszubildende gibt es mehr Lehrer und Praxisanleitungen, Auszubildende werden für mindestens zwei Jahre übernommen, be-

triebsbedingte Kündigungen sind nicht möglich. Die Vereinbarungen gelten auch für die ausgegliederte UKGM Service GmbH. Nach Schätzungen sind für die Erfüllung der Vereinbarungen 400 neue Stellen nötig. Leider werden sich die Entlastungen erst nach und nach auswirken. Die Beschäftigten müssen weiter Druck machen, damit alles wirklich umgesetzt wird. Ver.di-Sekretär Fabian Dzewas-Rehm ist optimistisch: „Die Entlastung für die Beschäftigten kommt“, bestätigt er. Wenn es bei dem derzeitigen Fach-

kräftemangel länger dauert, bis neue Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen eingestellt sind, wird es notwendig sein, die Bettenbelegung zu verringern – auch da müssen die Kolleginnen und Kollegen auf der Hut sein und ihre Kampfbereitschaft erhalten.

Ein konsequent durchgeführter Arbeitskampf lohnt sich – der Streik am UKGM kann anderen mit schlechten Arbeitsbedingungen als Vorbild dienen.

Gernot Linhart



KARSTADT – bangen oder kämpfen?

Der Betriebsrat des Gießener Karstadt-Kaufhauses hat sich mit einem offenen Brief an die Unternehmensleitung und die Öffentlichkeit gewandt. Obwohl die Schließung von Filialen Gießen (noch?) nicht betrifft, wird die Situation der Belegschaft immer schlechter. 17 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wurden entlassen, acht weitere erhielten existenzbedrohende Änderungskündigungen. Die Geschäftsführung will außerdem die Löhne und Gehälter, die sowieso schon deutlich unter dem Tarif liegen, weiter absenken. Zwei Filialen in Hessen, Darmstadt und Viernheim, haben deswegen am Ostersonntag gestreikt, die Gießener verzichteten vorerst auf Kampfmaßnahmen.

Die kurzen Streiks führten zu wütenden Reaktionen des Generalbevollmächtigten Arndt Geiwitz –

die Streiks seien rechtswidrig und würden die Kaufhauskette ruinieren. Wenn jemand die Läden ruiniert, dann sind es das Management und der Eigentümer Renè Benko. Dem sind sein Personal und die Kunden egal, ihn interessieren lediglich die hohen Mieten und die Immobilien als Spekulationsobjekte. Wenn die Kasse nicht stimmt, ist er gewohnt, dass der Staat einspringt, die Gläubiger Forderungen abschreiben (zuletzt waren es zwei Milliarden Euro) und die Beschäftigten weitere Kürzungen hinnehmen. Die früheren Kürzungsrunden haben dazu geführt, dass den Mitarbeitern bis zu 5.500 Euro im Jahr fehlen. Trotz aller Unkenrufe, das Zeitalter der Kaufhäuser sei vorbei, gibt es Beispiele, die zeigen, dass ein Haus mit guter Beratung, freundlichem Personal und einem guten Sorti-

ment noch genug Kunden anzieht. Wenn die Beschäftigten schlecht behandelt werden, fühlen sich auch die Kunden nicht wohl – der Niedergang der Schlecker-Kette ist dafür ein abschreckendes Beispiel.

In einem System, in dem dubiose Spekulanten wie Benko sich ganze Kaufhausketten unter den Nagel reißen können und damit über die Arbeitsplätze von tausenden Menschen entscheiden, bleibt den Betroffenen nichts anderes übrig, als um ihre Rechte zu kämpfen.

Gernot Linhart

Letzte Meldung:

Alle zwölf gekündigte Kolleginnen und Kollegen des Restaurants sind z. Zt. nicht arbeitsfähig und wurden von ihren Ärzten krank geschrieben.

UZ – UNSERE ZEIT SOZIALISTISCHE WOCHENZEITUNG

- ... erklärt, wie der Imperialismus funktioniert und hilft, Gegenwehr zu entwickeln.
- ... ist solidarisch mit den Geflüchteten und nennt die Fluchtverursacher beim Namen.
- ... beteiligt sich in antifaschistischer Tradition am Kampf gegen alte und neue Nazis.
- ... informiert über Diskussionen in den Gewerkschaften und in der linken Bewegung.



JETZT SECHS WOCHEN GRATIS PROBELESEN

„Die UZ ist ein Instrument, um das gegenwärtige Herrschaftssystem, den Imperialismus, zu begreifen und Strategien der Gegenwehr zu entwickeln“

Print- und Online-Ausgabe zum Kennenlernen – ohne Kosten.

Das 6-Wochen-Abo endet automatisch. Dabei entstehen keine weiteren Verpflichtungen.

Siehe: <https://shop.unsere-zeit.de/uz-probe-abo-6-wochen-gratis/>

Ostermarsch – für Frieden und gegen Aufrüstung



Demonstrationszug am 08.04. durch Gießen

Am Ostersamstag fand eine Kundgebung mit 150 TeilnehmerInnen auf dem Hiroshimaplatz statt, wozu das Gießener Friedensnetzwerk und der DGB aufgerufen hatten. Zum Motto des Ostermarsches – **"Die aktuellen Kriege beenden, den Frieden gewinnen"** – sprachen DGB-Kreisvorsitzender Klaus Zecher, Werner Ortmüller (Liebknecht-Friedenspreisträger), Lara Herrlich (Linke), Moni Lux mit Ute Bender für das Friedensnetzwerk und Martina Lennartz

(DKP). Unterstützt wurde die Kundgebung mit Musik von Etienne.

Anschließend zogen die TeilnehmerInnen durch das Wochenmarktgeschehen hindurch zum Regierungspräsidium. Dort steht auf dem Landgraf-Philipp-Platz eines der Gießener Kriegerdenkmäler. Hier schlug Gernot Linhart vor, dieses Denkmal zu einem Friedensmahnmal umzugestalten, da es demnächst renoviert werden soll. Das könnte man unter Beteiligung der in Gießen sehr aktiven Street-Art-Künstler gestalten.

Warum erhöhen die Stadtwerke die Preise für Fernwärme?

Die Antwort ist verblüffend: weil sie und andere Versorger sie im letzten Halbjahr auch schon erhöht haben. Der Preis für Fernwärme hat nichts mit den tatsächlichen Kosten zu tun, sondern wird mit sogenannten Indizes berechnet. Maßgebend für die Indizes sind der Erdgaspreis im letzten Halbjahr und die Entwicklung der Preise am Wärmemarkt im selben Zeitraum. Selbst wenn das Erdgas umsonst wäre – die Fernwärme bliebe teuer.

In der Werbung auf ihrer Internetseite geben die Stadtwerke an, dass nur 25% der Fernwärme mit fossilen Energieträgern erzeugt werden. Außerdem kann man lesen, wegen der Kraft-Wärme-Kopplung könnten Preiserhöhungen bei den Energieträgern durch die Stromerträge teilweise abgedeckt werden. Die hohen Fernwärmepreise werden dadurch noch unverständlicher und sehen wie bloße Abzocke aus.

Fernwärmekunden haben keine Möglichkeit, den Anbieter oder die Wärmequelle zu wechseln. Sie sind dem Anbieter ausgeliefert. Deswegen müsste gerade dieser Preis streng kontrolliert werden und die Berechnung müsste für jeden nachvollziehbar sein. Die Stadt als einziger Aktionär wäre gefordert, tätig zu werden. Der Magistrat aber tut nichts, sondern freut sich auf die hohe Dividende.

Gernot Linhart

Schwanenteich-Weg: Untätigkeit und Verweigerung als politisches Ziel

Es gibt neue Informationen zur Instandsetzung des Spazierwegs am Schwanenteich: Die Stadt blockiert die Sanierung und Öffnung des Wegs am Teich drei Jahre lang.

Offensichtlich hat das zweite erfolgreiche Bürgerbegehren am Schwanenteich zur Rettung von 80 Bäumen nach 2012 die politischen Verantwortlichen in eine Schockstarre verfallen lassen. Die Grüne-SPD-Linke-Stadtregierung will dem Auftrag des Bürgerbegehrens nicht nachkommen und den Weg schonend reparieren. Damit werden Gießener Erholungssuchende um einen lauschigen Weg gebracht. Ein Gespräch mit der grünen Dezernentin, das durch die Initiative der Bürgerinitiative „Rettet die

Bäume am Schwanenteich“ zustande kam, fiel enttäuschend aus.

Offensichtlich soll der Weg drei Jahre lang gesperrt werden und dabei verfallen. Die Schuld will die Stadtregierung wohl durch Falschmeldungen den engagierten

Bürgern in die Schuhe schieben. Besser könnte die Stadtregierung ihr eigenes Geschwätz von „Bürgerbeteiligung“ nicht karikieren.

Oberbürgermeister Becher (SPD) schweigt dazu.

M. Berger

Bürgerbegehren Schwanenteich

Antrag auf Bürgerentscheid gemäß § 8 b Hessische Gemeindeordnung HGO

Mit meiner Unterschrift beantrage ich die Durchführung eines Bürgerentscheides gemäß § 8 b HGO zu folgender Frage:

Sind Sie dafür, dass notwendige Reparaturen am Uferweg des Schwanenteiches so durchzuführen sind, dass der aktuelle Bestand von Bäumen und Sträuchern an beiden Seiten des Uferweges und somit die derzeitige Gestalt und der Charakter des Schwanenteiches erhalten bleiben?

Der Text des Bürgerbegehrens gibt der Stadt den Auftrag Bäume schonend den Weg zu reparieren. Dies hat die Stadtverordnetenversammlung auf ihrer letzten Sitzung 2022 beschlossen.

Aus dem Stadtparlament

Forderung nach mehr Tempo bei der Bearbeitung von Wohngeldanträgen

„Wer Wohngeld beantragt, spürt die Not im Nacken. Für viele ist die Mietbelastung auf 40% des Einkommens gewachsen. Um schlimmere Folgen abzuwenden, ist für die Betroffenen dringend öffentliche Unterstützung geboten“, sagt Stadtverordnete Martina Lennartz (DKP). Erforderlich sei, dass die Stadt kompetente Mitarbeiter abstellt, um die laut Presse 700 Neuanträge schnell zu bearbeiten und das Wohngeld aus-zuzahlen.

Frau Lennartz befragte deshalb in der letzten Stadtverordnetenver-sammlung den Magistrat, welche Maßnahmen die Stadt diesbezüg-lich ergriffen habe. Die Zuständig-keit für das Wohngeld liegt bei der Landkreisverwaltung, das schließt Bürger der Stadt ein.

Mit der zum Jahresbeginn in Kraft getretenen Wohngeldreform (*WohngeldPlus*) wurde der Kreis der Berechtigten erheblich vergrößert. Auf der Homepage des Landkreises ist von „längeren Wartezeiten“ bis zum Entscheid die Rede, da es immer mehr Antragsteller gibt.

Wie der Magistrat daraufhin mitteilte, habe der Landkreis die Stadt gebeten, bei Information und Aufnahme von Anträgen unter-stützend tätig zu werden.

Da es häufiger vorkomme, dass sich Einwohner*innen zunächst ans Rathaus wenden, habe sich das Amt für soziale Angelegenheiten in der Stadtverwaltung darum gekümmert, dass Empfang und Infotheke im Stadtbüro mit Wohngeldanträgen

und einem Informationsblatt aus-gestattet sind.

Darüber hinaus hätten sich Mit-arbeiter*innen des Amtes aus dem Fachdienst Wohnen in Zusammen-arbeit mit der Wohngeldstelle für die Unterstützung bei der Aufnahme von Wohngeldanträgen kundig gemacht. Es seien telefonische Beratungszeiten und die Möglichkeit einer Terminvergabe für die Antrag-stellung eingerichtet.

Dazu Lennartz: „Diese Maß-nahmen sind ein Tropfen auf den heißen Stein. Es muss mehr passieren, denn das Ausfüllen der Anträge mit ihren 31 Bearbeitungspunkten und zahlreichen Unter-punkten ist schwierig. Es müssen zu-dem zahlreiche weitere Dokumente vorgelegt werden: Mietvertrag, Zahlungsnachweis der Mieten in den letzten Monaten, Einkommens-

nachweise und Kontoauszüge aller Haushaltsmitglieder der letzten drei Monate u.a.m.“

Hohe Hürden beim Wohngeld nähren den Verdacht, dass eine Abschreckungsstrategie praktiziert wird, um Menschen von ihrer be-rechtigten Lebensunterstützung fern zu halten.

Ein Bürger aus Gießen hat beim Magistrat nachgefragt, wann endlich das **Standesamt behindertengerecht** ausgestattet wird.

2019 stellte die Stadtverord-nete Martina Lennartz im Stadt-parlament einen Antrag das Standesamt an der Ostanlage barrierefrei umzugestalten.

Das Echo wird über die Ant-wort berichten.

Unterstütze uns mit deiner Unterschrift

Wir sammeln **Unterstützungs-unterschriften für die Landtags-wahl in Hessen** am 08.10.2023.

Im Gegensatz zu den etablierten Parteien muss die DKP Unter-schriften sammeln, um überhaupt zur Wahl antreten zu dürfen.

Die Kandidatur der DKP ist drin-gend erforderlich, da wir Kom-munisten die einzigen sein werden, die konsequent gegen Kriege, gegen die NATO und gegen jeg-liche Kriegsvorbereitungen auf-treten. Der Kampf gegen die

Kriegspolitik und für soziale Ver-besserungen für die arbeitenden Menschen soll im Mittelpunkt des Wahlkampfes stehen.

Informationen für das Aus-füllen des Unterstützungs-formblattes findest Du unter www.giessen.dkp.de

Sende uns den ausgefüllten und unterschriebenen Vordruck bitte per Post an DKP Gießen, Postfach 110340, 35348 Gießen



Härtefallfonds deckt keine Härten ab

Die Stadtverordnete Martina Lennartz hatte Recht. Mit den Sanktionen gegen Russland und der damit einhergehenden In-flation stieg die Zahl der Haushalte mit Stromsperrern. Ihren Antrag im Stadtparlament, die Gewinne der Stadtwerke, 2,5 Mio. Euro, dafür einzusetzen, lehnten die meisten anderen Fraktionen ab.

285 Stromsperrern gab es nach

einer Meldung der Gießener Allge-meinen Zeitung im Jahr 2022. In ihrem Koalitionsvertrag von 2021 hatte die Koalition von Grünen, SPD und Gießener Linke versprochen, Stromsperrern sollten durch einen Härtefallfonds verhindert werden. Jede Stromsperre für einen Privat-haushalt ist eine zu viel, sie ist ein erheblicher Eingriff in den Lebens-wandel: Kein Licht, kein Telefon,

keine Möglichkeit, etwas zu kochen. Sie erhöhen außerdem in vielen Fäl-len die Schulden der Betroffenen, denn der Wiederanschluss ist teuer. Das ist oft eine härtere Strafe als sie ein Gericht verhängen kann. Warum kommt es dennoch zu so vielen Sperrern? Der angeblich soziale Magistrat hat hierbei versagt.

M.B.

Medien mit Streikphobie

Im Vergleich zu Arbeitskämpfen in Frankreich oder Italien, wo auch Betriebsbesetzungen oder Straßenbarrikaden als Mittel im Arbeitskampf genutzt werden, wirken die Tarifauseinandersetzungen hierzulande moderat. Auch bei den Streiktagen pro Beschäftigten liegt Deutschland

Unterstützung erhalten sie hierbei von einer Reihe ihnen nahestehender Medien. So klagte das "Hamburger Abendblatt" über einen "gefühlten Generalstreik", nachdem ver.di und EVG Ende März gemeinsam mit dem Beamtenbund zum Auftakt der dritten Verhandlungsrunde zu

einem gemeinsamen 24-stündigen Ausstand aufgerufen hatten. Die "Mediengruppe Bayern" fantasierte von "Folterwerkzeugen" und der "Berliner Tagesspiegel" schimpfte der Warnstreik "sei nicht verhältnismäßig" und das "Handelsblatt" sah die Deutschen gar in "Geiselnhaft".

Wenn so dreist Ursache und Wirkung in der medialen Berichterstattung verwechselt werden, wem kommt da nicht Brechts Zitat in den Sinn: "Der reisende Strom wird gewalttätig genannt. Aber das Flussbett, das ihn einengt, nennt niemand gewalttätig"?

Die Verhältnisse im Öffentlichen Dienst bestätigen auf drastische Weise, was man aus anderen Wirtschaftssektoren längst kennt. Den sogenannten "Arbeitgebern" – ob privat oder öffentlich – fehlt jede Bereitschaft, ihren Beschäftigten zumindest in Ansätzen einen Ausgleich für die inflationsbedingten drastischen Reallohnverluste zu gewähren. Dabei steht insbesondere den Beziehern von geringen und mittleren Einkommen – trotz Gaspreisbremse und "Entlastungspaketen" – das Wasser bis zum Hals. Gleichzeitig verbuchen DAX-Konzerne zur Freude ihrer Aktionäre Rekordgewinne.

Dennoch weigert sich Bundesfinanzminister Christian Lindner kategorisch, über eine Wiedereinführung der Vermögensteuer, eine Änderung bei der Erbschaftsteuer oder andere Abgaben für Reiche und Superreiche nachzudenken. Kein Wunder, dass die Wut im Land wächst.

Gleichzeitig ist mit den Arbeitskämpfen ein längst verschüttet geglaubtes Bewusstsein der eigenen Stärke zurückgekehrt. Die Kolleginnen und Kollegen haben eindrucksvoll gezeigt, dass sie sich nicht mehr alles gefallen lassen. Erste Schritte, damit man auch in den deutschen Gewerkschaften wieder ein paar Worte "Französisch spricht", sind getan.

Ulf Immelt



weit hinten im Vergleich zu anderen Industrienationen. Dies hat die Kapitalverbände in den aktuellen Auseinandersetzungen nicht davon abgehalten, die Gewerkschaften "zur Mäßigung" aufzurufen und von der Politik weitere Einschränkungen des Streikrechts zu fordern.

formieren sich Allparteienbündnisse dagegen. Kernenergie ja, aber alles, was zur Erzeugung dieser Energie gebraucht wurde, ist giftiges Teufelszeug und soll irgendwie weggezaubert werden.

Söder und Konsorten meinen sogar, ein Endlager sei vielleicht gar nicht nötig, weil es bald möglich wäre, Radioaktivität unschädlich zu machen. Tatsächlich gibt es Start-up-Profis, die mit solchen Versprechungen Forschungsgelder und Risikokapital locker machen. Das sind Fantasien jenseits der technischen und naturwissenschaftlichen Realität, genauso wie Pläne für absolut sichere Kernreaktoren. Künftige Generationen werden nicht nur Probleme mit der

Am 15.04. wurden die drei letzten deutschen Kernkraftwerke abgeschaltet – in Kürze wären sie wegen fehlender spaltbarer Atomkerne in ihren Brennstäben von alleine ausgegangen. Politiker von CSU, CDU und FDP toben und faseln vom Ende Deutschlands als Technination – obwohl sie selbst an der Gesetzgebung zum Ausstieg beteiligt waren. Ziemlich sicher ist, dass keiner dieser Kernenergiefans bereit wäre, in seinem Wahlkreis ein Endlager für die radioaktiven Abfälle zu genehmigen. Die Kraftwerke, die zur Zeit abgerissen werden, finden nicht einmal Deponien für ihren nicht radioaktiven Bauschutt. Sobald irgendwo ein Antrag auf eine solche Einlagerung gestellt wird,

Erderwärmung haben, sondern auch mit dem hinterlassenen Atom Müll. In ca. 30 Jahren laufen die Genehmigungen der Zwischenlager und die Dichtheitsgarantie der Castor-Behälter ab, dann muss das hoch radioaktive Material möglicherweise umgepackt und neu untergebracht werden. Gut, dass jetzt wenigstens in Deutschland kein neuer Müll mehr dazu kommt.

Gernot Linhart



DKP-Plakat von 2011

Das demokratische Musterlände des Westens

Die westlichen bürgerlichen Demokratien bemühen sich wortreich dem aktuellen russischen Staat zu unterstellen, irgendwie sei er ein faschistisches System. Die Behauptung ist unverständlich, vergleicht man Russland mit dem aktuellen Musterland bürgerlicher Demokratie, der Ukraine.

In der Ukraine haben wir es mit einem Bündnis zwischen Bourgeoisie und faschistischen Kräften zu tun. Wie im Chile Pinochets stehen die Chicago Boys bei der Wirtschaftspolitik Pate. Während in Russland der 8. März, sowie der 1. und der 9. Mai staatliche Feiertage sind, schafft die Ukraine diese fortschrittlichen Feiertage gerade ab. Stärkste Oppositionspartei in Russland ist die Kommunistische Partei. In der Ukraine ist die Kommunistische Partei verboten. Der aktuelle Krieg hat die Durchsetzung neoliberaler Politik in der Ukraine noch beschleunigt. Schon mit dem Regierungsantritt des Oligarchen Poroschenko wurde allerdings eine massive

nationalistische Politik betrieben. Die russischen Traditionen in der ukrainischen Kultur sollten getilgt werden. Aber erst unter Selenskyj – ein Produkt des Oligarchen Kolo-

mojskyj – wurden fortschrittliche Teile des Arbeitsgesetzes aus der Zeit der UdSSR gestrichen. Das Stichwort war „Entsowjetisierung“. 2019 wurde das Arbeitsgesetz schon einmal geändert: *Einzelverträge haben Kollektivverträge abgelöst und die Enteignung der Gewerkschaften wurde in Gang gesetzt. Die aktuellen Änderungen sind noch gravierender: Arbeitgeber können Tarifverträge einseitig kündigen. Gewerkschaften sollen nur noch Organe der "Bürgerkontrolle" sein und nicht mehr die Interessen der Beschäftigten vertreten. Unternehmen können jetzt auch wegen Abwesenheit kündigen, wenn Beschäftigte krank oder im Urlaub sind. Des Weiteren kann das Kapital die Wochenarbeitszeit von 40 auf 60 Stunden erhöhen und Urlaubstage streichen. Da passt es ins Bild, den 1. Mai, den Kampftag der Arbeiterklasse, zu streichen. Zynischerweise könnte man jetzt sagen, die Forderungen von Teilen des*



deutschen Kapitals nach Einschränkungen des Streikrechts würden bei einem Bundeskanzler Selenskyj offene Ohren finden.

Henning Mächerle

Frankreich – die autoritäre Republik

Bürgerliche Demokratien sind kein Selbstzweck, sondern eine Herrschaftsform des Kapitals, wie der Faschismus auch eine mögliche Herrschaftsform im Kapitalismus ist, wenn die Macht der Bourgeoisie nur noch terroristisch zu sichern ist. Soweit sind wir in Frankreich noch nicht.

Aber für die französische Republik war schon immer ein Machtübergewicht der Exekutive charakteristisch, besonders die Machtfülle des Staatspräsidenten ist enorm.

Die Proteste der französischen Bevölkerung scheinen nichts genutzt zu haben. Der Verfassungsrat hat entschieden: Das Gesetz zum Renteneintrittsalter sei verfassungskonform. Damit steht fest, dass das Renteneintrittsalter in Frankreich ab 01.09. von 62 auf 64 Jahre angehoben wird. Zugleich wies der Verfassungsrat am Ende April in Paris ein von der linken Parlamentsopposition beantragtes Referendum ab. Charles de Gaulle hatte sich Artikel

49 Absatz 3, der nun die Entscheidung zu den Renten am Parlament vorbei ermöglichte, 1958 in die Verfassung schreiben lassen, aus Angst, das Parlament könnte nach dem Zweiten Weltkrieg zu mächtig werden. Selbst nach den Grundprinzipien bürgerlicher Demokratien ist dieser Artikel zutiefst undemokratisch, hat aber in der westlichen "Wertegemeinschaft" nie jemanden interessiert. Macrons Regierungsstil erinnert immer mehr an den von Marx beschriebenen Bonapartismus. Das Ziel von Macron ist nicht allein die Veränderung des Rentensystems, sondern eine Veränderung des gesamten Arbeitsrechts zugunsten des Kapitals. Schon 2017 hat er damit begonnen: Die Rolle von Tarifverträgen wurde geschwächt, der Kündigungsschutz teilweise gelockert. Globale Konzerne können Kündigungen aussprechen. Entschädigungen für ungerechtfertigte Kündigungen werden begrenzt.

Als die aktuelle französische Verfassung 1958 verabschiedet wurde, sprach der damalige Oppositionsführer François Mitterrand davon, dass Charles de Gaulles mit legalen Mitteln „den Staatsstreich in Permanenz“ etablieren würde. Macron wird diese Möglichkeiten nutzen, wenn ihn Massenproteste bzw. der Widerstand der Massen nicht daran hindern.

Henning Mächerle



China, Taiwan und das Völkerrecht

Wenn deutsche Politiker über die Volksrepublik China und die Insel Taiwan sprechen, erwähnen sie nie das Völkerrecht, auch Außenministerin Baerbock, die nach eigener Einschätzung „vom Völkerrecht kommt“, verzichtet darauf. Warum das so ist, ist klar: Völkerrechtlich gibt es nur einen Staat China, eine Republik Taiwan existiert nicht. Nach dem Sieg der Volksbefreiungsarmee 1949 ist die alte Regierung mit dem Rest der Armee auf die Insel Taiwan, damals auch Formosa genannt, geflohen. Sie gab sich weiter als rechtmäßige Regierung Chinas aus. Bis 1971 konnte sie China auch noch in der UNO und in deren Sicherheitsrat vertreten. Die Volksrepublik brauchte einige Jahre, um internationale Anerkennung zu finden. Nach und nach fanden es aber immer mehr Staaten falsch, dass eine kleine Insel, nicht einmal ein halbes Prozent der Fläche, bewohnt von etwa 1,5%

der Bevölkerung, den ganzen Staat vertrat. 1971 musste die Verwaltung der Insel ihren Sitz in der UNO und im Sicherheitsrat an die Volksrepublik abgeben. Sie nennt sich immer noch Republik China, wird aber nur noch von einigen kleinen Staaten anerkannt. Das Verhältnis der Volksrepublik zu Taiwan ist eine innerchinesische Angelegenheit, in

Die Damen Baerbock und von der Leyen machen es dem Kaiser Wilhelm II nach. Der wollte die Chinesen Mores lehren und dafür sorgen, dass nie mehr ein Chinese einen Deutschen auch nur scheel ansieht. Baerbock und von der Leyen wollen der Volksrepublik China Vorschriften zu deren Außen- und Innenpolitik machen. Allerdings übersehen sie, dass die Volksrepublik stärker ist als das Kaiserreich China.

die sich andere Staaten nicht einmischen sollten – das entspräche dem Völkerrecht.

Die Beziehungen der Volksrepublik zu seiner abtrünnigen Provinz sind besser als sie oft dargestellt werden, besser als das Verhältnis der BRD zur DDR war. Der Handel ist intensiv, Reiseverkehr ist möglich, Arbeit im jeweils anderen Gebiet ist möglich, Firmen aus Taiwan haben Niederlassungen in der Volksrepublik und umgekehrt. Ohne fremde Einmischung wäre das Verhältnis wahrscheinlich noch besser. Besuche hoher Politiker westlicher Länder in Taiwan sind reine Provokation, notwendig sind sie nicht. Handelsbeziehungen können Firmen unter sich ausmachen, kultureller Austausch kann unter den jeweiligen Institutionen ausgehandelt werden. Frieden mit der Volksrepublik China – das wäre besser, als im Schlepptau der USA Konflikte aufzubauen. Gernot Linhart

Free Palestine! Stoppt die Eskalation!



Am 5. April stürmten israelische Sicherheitskräfte die in Ostjerusalem gelegene Al-Aqsa-Moschee. Ostjerusalem wurde 1967 von Israel erobert und annektiert. Völkerrechtlich handelt es sich um besetztes Gebiet; ein Umstand, der von fast allen Staaten auf der Welt anerkannt wird.

Mitten im islamischen Fastenmonat Ramadan prügeln nun Schwerebewaffnete auf Gläubige ein, zahlreiche Personen wurden verletzt und festgenommen. Dieser Angriff ist kein isolierter Einzelfall, sondern Höhepunkt der von israelischer Seite seit Monaten vorangetriebenen Eskalation in den besetzten Gebieten.

Der Angriff auf Al-Aqsa war kein Versehen, vielmehr gezielte Provokation. Seit kurzem amtiert in Israel die rechteste Regierung in der Geschichte des Landes. Dagegen regt sich seit Beginn Protest in Israel.

Wie so oft greifen die israelischen

Herrschenden in Krisenzeiten auf die PalästinenserInnen zurück, um nationale Geschlossenheit zu erzwingen. Der aus Gaza und aus dem Libanon kommende Raketenbeschuss ist keine Überraschung für die israelische Regierung, er ist einkalkuliert.

Die führenden Oppositionspolitiker Israels – Benjamin Gantz und Jair Lapid – versicherten, ohne zu zögern, ihre Unterstützung im Kampf gegen innere wie äußere Feinde. „Wenn es um die Sicherheit geht, gibt es in Israel keine Opposition oder Regierungskoalition“, ließ Lapid verkünden.

Luftschläge gegen Gaza, Syrien und den Libanon sind bereits erfolgt. Die israelischen Angriffe auf Al-Aqsa werden fortgesetzt. Es besteht derzeit die Gefahr, dass die Situation bis hin zu einem neuen Krieg gegen Gaza weiter eskaliert.

Die BRD gehört zu den engen Verbündeten Israels. Nicht aufgrund von moralischen Überlegungen, sondern aus Eigeninteresse unterstützt der deutsche Imperialismus Israel politisch, ökonomisch und militärisch. Staatliche Gewalt und

die israelische Besatzung werden von deutscher Seite verharm-

lost und relativiert. Wenn deutsche Medien von „Konflikt“ und „beiden Seiten“ reden, dann wird unterschlagen, dass die Ursache der Gewalt kein Streit unter Gleichberechtigten ist, sondern die Besatzung. Ohne ein Ende der Besatzung wird es auch keinen Frieden geben.

SDAJ (aus Position)



Einladung zum Grillen

Alle SympathisantInnen und FreundInnen der SDAJ sind herzlich eingeladen. Treffpunkt nach der Demo am **1. Mai um ca. 13 Uhr am Kirchenplatz**, danach Umzug zum Grillen in die Schützenstr. 19



<https://www.instagram.com/sdaj.giessen/>



https://www.facebook.com/sdaj.giessen/?ref=page_internal



Termine

Fragen oder Anmeldungen an giessen@dkp.de

Mo, 01.05.2023 ab 10:30 Uhr:
Kampftag der Internationalen Arbeiterbewegung, Kirchenplatz

Do., 04.05.2023 um 19 Uhr:
Gruppenabend / MV DKP GI, Winchester-Zi., Kongresshalle

Sa., 06.05.2023 ab 10:30 Uhr:
Kundgebung / Infostand der DKP GI am Kugelbrunnen

Di., 09.05.2023 um 17 Uhr:
Antifaschistischer Stadtspaziergang – Befreiung vom deutschen Faschismus, Berliner Platz



Fr., 12.05. und 26.05.2023 um 19 Uhr: Stammtisch im Chamäleon

Mi., 17.05.2023:
Redaktionsschluss Juni-Echo

Do., 18.05.2023 um 18 Uhr:
Bildungsabend der DKP, Ederstr. 16

Di., 23.05.2023 um 18 Uhr:
Kundgebung "Heizung, Brot und Frieden" am Kugelbrunnen



26. bis 29.05.2023:
Pfingstcamp der SDAJ in Köln; Mitfahrgelegenheiten vorhanden; Email an: giessen@dkp.de



festivalderjugend.de

17. und 18.06.2023:
Fahrt und Wochenendseminar Gedenkstätte Struthof, Frankreich; www.struthof.fr/de/ Informationen und Anmeldung bei Axel Brück: 0162 2557096

Aus 50 Jahren Gießener Echo

Vor **50 Jahren** konnte sich das Aktionskomitee Jugendzentrum (AKJ) über einen Erfolg freuen. Die in diesem Komitee vereinigten Jugendgruppen, u.a. Gewerkschaftsjugend, SDAJ, Die Falken, Junge Pioniere, Jungdemokraten, Jungsozialisten, VHC-Jugend, DLRG-Jugend und Schülerbasisgruppen hatten einige Jahre für ein Jugendzentrum gekämpft. Jetzt war es so weit. Am Kanzleiberg sollte im ehemaligen Gebäude des Gießener Anzeigers ein Zentrum entstehen. Die Selbstverwaltung war allerdings durch ein vom Magistrat eingesetztes Kuratorium eingeschränkt.

Vor **40 Jahren** erhöhte der damalige CDU-Magistrat die Gebühren für fast alle Einrichtungen für Kinder und kürzte die Betreuungszeiten. Er handelte damit im Einklang mit der

CDU-Regierung in Bonn, die das Kindergeld kürzte und das Schüler-BAFÖG strich.

Vor **30 Jahren** zogen die Republikaner, Vorgänger der AfD, ins neu gewählte Stadtparlament ein. Die Proteste dagegen wurden von einem riesigen Polizeiaufgebot, drei Hundertschaften, eingeschüchtert.

Vor **20 Jahren** war im Kreis Gießen jeder fünfte Jugendliche ohne Ausbildungsplatz. Die damals nicht ausgebildeten Jugendlichen fehlen jetzt als Fachkräfte.

Vor **10 Jahren** hatten die Jobcenter den Auftrag, die Zahl der Sanktionen deutlich zu erhöhen. Das diente als Drohung an Niedriglohnpfänger, Leiharbeiter, befristet Beschäftigte, sich zu jedem Lohn zu jeder Arbeit zur Verfügung zu stellen.

Gernot Linhart

Brandgefährlicher Sommer

Im Juni beginnt das NATO-Manöver „Air Defender 2023“. Mit 200 Kampffjets probt die NATO in Osteuropa den Krieg gegen Russland. Schon im November 2021 hat die US-Armee entschieden, das 56. Artillerie-Kommando in Wiesbaden zu reaktivieren – wohl, um Überschall-Raketen zu steuern. Wir müssen gegen diese Kriegsgefahr auf die Straße, mahnt der DKP-Vorsitzende Patrik Köbele.

Im Internet: <https://www.unserezeit.de/brandgefaehrlicher-sommer-4779122/>



Lösung des Kreuzworträtsels im April-Echo: **WIDERSTAND**

Gießener Echo

Bitte Abogebühren bezahlen und spenden!

Hrsg.: Kreisorganisation der DKP Gießen; **verantw.:** Gernot Linhart, erscheint monatlich. Bezugsgebühren: 30 Euro im Jahr (inkl. Versandkosten).

Konto: IBAN: DE72 5135 0025 0200 5491 46

Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung des Redaktionskollektivs des Gießener Echos wieder.

Rückmeldungen + Leserbrief an: Gießener Echo, Postfach 110340, 35348 Gießen – **E-Mail:** giessen@dkp.de – **Internet:** www.giessen.dkp.de